

Einzelpreis
20 Groschen

Die „Arbeiter-
Zeitung“ er-
scheint täglich
mit Ausnahme
von Montag

Telephon:
B 29-510 Serie

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Redaktion und
Verwaltung,
Druckerei, Ver-
sand u. alleinige
Anzeigen-
annahme:
„Vorwärts“
Wien V,
Rechte Wienzeile 97

Telephon:
B 29-510 Serie

Nummer 119

Wien, Donnerstag, 23. Mai 1946

48. Jahrgang

Heute 305 Versammlungen in Wien für das Aufbauprogramm der Sozialistischen Partei — Beginn 19 Uhr

Es sprechen: Altbürgermeister Seitz, Vizekanzler Dr. Schärf, Bürgermeister Körner, Vizebürgermeister Speiser; die Minister: Dr. Frenzel, Helmer, Maisel, Ubelis; Staatssekretär Rauscher; Nationalratspräsident Böhm; die Stadträte: Afritsch, Albrecht, Dr. Freund, Honay, Novy, Sigmund; Landeshauptmannstellvertreter Popp; Dr. Deutsch; die Nationalräte: Aigner, Appel, Eibegger, Ferdinanda Floßmann, Forsthuber, Frühwirth, Gschweidl, Gumpelmayr, Hackenberg, Dr. Häuselmayr, Hillegeist, Hinterleithner, Horn, Jiricek, Rosa Jochmann, Dr. Koref, Kostroun, Krisch, Hilde Krones, Kysela, Springschitz, Marchner, Mark, Dr. Migsch, Wilhelmine Moik, Dr. Neugebauer, Dr. Pittermann, Marianne Pollak, Probst, Gabriele Proft, Proksch, Reismann, Scharf, Seilinger, Stampfer, Dr. Tschadek, Uhlir, Paula Wallisch, Walcher, Wedenig, Weikhart, Widmayer, Wimberger, Winterer, Wolf, Dr. Zechner, Zechtl sowie sämtliche sozialistischen Wiener Bundesräte, Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und weitere 667 Bezirksredner der Sozialistischen Partei.

Wienerinnen und Wiener! Kommt alle!

Die Sozialisten führen zum Wiederaufbau!

Massenversammlungen in allen Bezirken Wiens

Zu den gestern mitgeteilten Versammlungslokalen werden folgende Ergänzungen, beziehungsweise Richtigstellungen bekanntgegeben:

Innere Stadt: Singerstraße 10 (nicht Spiegelgasse).

Landstraße: Hagenmüllergasse 1 (nicht Nr. 10).
Meidling: Mandlgasse 24.

Fenzing: Gasthaus Riedl (nicht Scheuer).
Knödlhüttenstraße: Braillegasse, Schutzhaus
Ameisbach: Hütteldorfer Straße 155 fällt aus.

Inzersdorf: Kino, Steinhofstraße.

Kaltenleutgeben: Gasthaus Saschek, Waldmühlgasse.

Außenminister Gruber fährt nach Paris

London, 22. Mai. (Reuter.) Ausländische Pressemeldungen besagen: Der österreichische Außenminister Dr. Karl Gruber, der zum Wochenende nach Paris reisen wird, um den Fall Österreich vor den Stellvertretern der Außenminister darzulegen, ist vom österreichischen Kabinett autorisiert worden, dort kleinere Berichtigungen an der Grenze gegen Italien zu erörtern. Gleichzeitig behält sich Österreich jedoch vollständig sein Recht vor, auf der Friedenskonferenz das ganze Gebiet des deutschsprachigen Südtirol zu verlangen. Eine der Grenzberichtigungen, für die Dr. Gruber eintreten wird, betrifft das Kanaltal an der österreichisch-italienisch-jugoslawischen Länderecke, das im Jahre 1918 Italien zugesprochen wurde.

England verstaatlicht

London, 22. Mai. (Reuter.) Das Unterhaus nahm im Prinzip den Gesetzesvorschlag über die Verstaatlichung der Cable and Wireless AG. (Gesellschaft für Radiotelegraphie) und des ausgedehnten Netzes der Telefon- und Telegraphenverbindungen des Empire an. Finanzminister Hugh Dalton erklärte dazu, dies stelle nicht nur eine Maßnahme des sozialistischen Fortschritts dar, sondern auch einen zweckmäßigen Schritt der Politik für eine enge Bindung des Empire. Die Opposition widersetzte sich dem Antrag nicht.

Rußland fordert Auflösung von Kontrollkommissionen

London, 22. Mai. (Radio.) Wie von der Pariser Außenministerkonferenz noch berichtet wird, hat der russische Außenminister Molotow die Auflösung der alliierten Kontrollkommissionen in den Balkanländern Ungarn, Rumänien und Bulgarien vorgeschlagen. Nach Meldungen der Pariser Korrespondenten wurde in dieser Frage kein Beschluß gefaßt. Der britische Außenminister Bevin und der amerikanische Außenminister Byrnes wiesen darauf hin, daß ihre Regierungen nur im Rahmen der abgeänderten Waffenstillstandsabkommen diesem Vorschlag beistimmen könnten, die auf der nächsten Konferenz am 15. Juni abgeschlossen werden sollen.

Baldur v. Schirach kommt an die Reihe

Nürnberg, 22. Mai. (Reuter.) Die Einvernahme des früheren Großadmirals Raeder wurde nach siebentägiger Dauer vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal abgeschlossen. Morgen wird die Einvernahme des 39 Jahre alten „Reichsstatthalters, Reichsleiters und Gauleiters“ von Wien Baldur v. Schirach beginnen.

Schirach ist vor allem angeklagt, den Geist der heranwachsenden Jugend vergiftet und sie für den Angriffskrieg vorbereitet zu haben.

Was das Volk wünscht

Eröffnung der Budgetdebatte im Nationalrat — Speiser vertritt die Forderungen der Sozialisten

Der Nationalrat begann gestern die Verhandlung über das Budget für das Jahr 1946. Berichterstatter Marktschläger (VP.) leitete die Generaldebatte ein.

Speiser (SP.): Die österreichische Volksvertretung hat heute die traurige Aufgabe, erst die furchtbaren Zustände überwinden zu müssen, die uns ein furchtbares System hinterlassen hat. Unter „Übergangsmaßnahmen“ ist der ansehnliche Betrag von 250 Millionen Schilling für Besatzungskosten vorgesehen. Diese Summe ist aber keineswegs feststehend und

die offene Frage der Besatzungskosten

bildet eines der Hindernisse für die Stabilisierung unserer Währung und damit für die Ankurbelung unserer Produktion. (Lebhafte Zustimmung.) Das Steuersystem ist im österreichischen Volke umstritten. Ein so armes Land muß die Lasten auf alle verteilen. Aber die ärgsten Ungerechtigkeiten des Steuersystems müssen beseitigt werden, wobei besonders der Steuerträger der unteren Stufen sofort Erleichterungen eingeräumt werden müssen. (Zustimmung.)

Vier Nationen stellen uns Militär bei, aber niemand fragt, wie das mit unserem Budget in Übereinstimmung zu bringen ist. (Allgemeine Zustimmung.)

Wie soll unser Land Besatzungskosten tragen, die allein auf das Jahr berechnet, mehr ausmachen als das Normalbudget der österreichischen Republik im Jahre 1923? (Hört! Hört!)

Das Budget, im großen betrachtet, ist gewissenhaft und erweckt Vertrauen. Es fehlt ihm aber der große Zug, der in der heutigen Zeit notwendig wäre.

Eine Fortsetzung des insolventen kapitalistischen Systems ist politisch wie finanziell unmöglich

Allein der Sozialismus, der Sozialismus auf der ganzen Linie, kann uns wieder normale Lebensverhältnisse bringen. (Lebhafte Beifall.) Der Redner befaßt sich sodann mit der Gesamtpolitik der Regierung und der politischen Parteien. Das Volk ist mit den Ergebnissen der Regierungstätigkeit in diesen fünf Monaten durchaus nicht zufrieden. (Zustimmung.) Wir alle kennen die Hindernisse, die unseren Arbeiten in den Weg gelegt sind. Der Abgeordnete Seitz hat im Nationalrat schon darauf hingewiesen, daß es für die Würde des österreichischen Volkes notwendig sei, das österreichische Parlament davon zu befreien, daß seine Beschlüsse erst von auswärtigen Mächten genehmigt werden müssen.

Wir verlangen daher die Aufhebung der Einschränkungen in Gesetzgebung und Verwaltung, wir verlangen die Auflösung der internationalisierten Militärregierungen und ihren Ersatz durch eine internationale Kontrolle, wir verlangen weiter den Abzug der Besatzungstruppen bis auf einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden kleinen Rest, und wir verlangen schließlich die Beseitigung der Demarkationslinien. (Lebhafte allgemeiner Beifall.)

Zu den Hindernissen gehört das Verbot eines freien internationalen Güteraustausches mit den übrigen Staaten und

die Frage des österreichischen Eigentums

nach dem Stande des 12. März 1938, die bisher noch immer nicht gelöst werden konnte. (Zustimmung.) Ein weiteres schweres Hindernis für unsere Entwicklung bildet der Umstand, daß die besetzten Betriebe und Produktionsstätten nicht an uns zurückgegeben werden. Wir erkennen also, daß unsere Entwicklung in jeder Hinsicht davon abhängig ist, daß wir endlich die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes gewinnen, die Eingliederung Österreichs in die Wirtschaftsgemeinschaft der Völker durchsetzen und als Krönung unsere Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen erreichen. (Allgemeiner Beifall.)

Das ganze Volk verlangt endlich Fortschritte in der Frage der

Verstaatlichung

Kommunalisierung oder Vergenossenschaftlichung der Banken und Versicherungsanstal-

ten, der Bergwerke, der Ölgruben und Kraftwerke, der Großunternehmen, der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie, der Baustoff- und chemischen Industrie und der Lebensmittelproduktion. (Lebhafte Beifall.) Ebenso ist es notwendig, daß die Vergesellschaftlichung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes durchgeführt wird. (Neuer Beifall.) Die Sozialistische Partei hat nicht die Absicht, die gesamte Wirtschaft zu verstaatlichen, und sie hat insbesondere nicht die Absicht, die große Zahl der kleinen und mittleren Betriebe den selbständigen Gewerbetreibenden aus der Hand zu nehmen. Kein Bauernhof soll angetastet werden.

Wir haben nur die Absicht, die für die gesamte Wirtschaft entscheidenden Großunternehmen, von deren guter Führung nicht nur die Arbeiter, sondern ebenso die große Zahl der Gewerbetreibenden und besonders auch die Bauern abhängig sind, der Willkür des Privatkapitals zu entziehen.

In bezug auf die Ernährung und Versorgung des Volkes hob Speiser die große Hilfe der Sowjetunion und der anderen Besatzungsmächte sowie der UNRRA hervor. Die Lebensmittel in Österreich müssen einheitlich erfaßt und gerecht verteilt werden, wobei die Kompetenz des zuständigen Ministers noch erweitert werden muß. Ferner fordert der Redner eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und sozialen Renten, damit die gesteigerten Lebenskosten der breiten Massen ausgeglichen werden können. (Beifall.)

Unter Hindernissen, die unsere Entwicklung hemmen, weil sie bewirken, daß uns das Vertrauen des Auslandes nicht in vollem Ausmaße zuteil wird, ist auch

die Behandlung der Nationalsozialisten

Sie ist in Österreich nicht überall gleichmäßig erfolgt. Die drei demokratischen österreichischen Parteien sind jetzt zu einem Übereinkommen über die Behandlung dieser Frage gekommen und wir hoffen, in kurzem die Gesetze verabschiedet zu können, die dann zu einer gleichmäßigen Behandlung dieser Frage in ganz Österreich führen sollen. Es liegt kein Grund dazu vor, die Freiheit und Souveränität Österreichs deswegen nicht voll in Wirkung treten zu lassen, weil in Österreich noch irgendeine Nazigefahr vorhanden wäre. Auch die

Wiedergutmachung

ist leider eine noch immer offene Frage, aber auch eine Frage, deren Lösung nicht mehr länger aufgeschoben werden kann. Die Frage der Wiedergutmachung der im Zusammenhang mit den Februarereignissen des Jahres 1934 entstandenen schweren Schäden muß mit größerer Energie als bisher in Angriff genommen werden. Unsere Organisationen sind noch immer ohne die ihnen gebührenden Häuser, Heime und Lokale. (Beifall.) Besonders muß aber auch in der Frage der so grausam verfolgten und so schwer geschädigten Juden ein Fortschritt erzielt werden. Wir wissen, daß sich auch hier die Überschreibung von Eigentum an das Deutsche Reich wie ein Block vor die berechtigten Entschädigungsansprüche unserer jüdischen Mitbürger legt.

Eine Frage sei auch zu Beginn dieser Debatte besonders hervorgehoben:

die Südtiroler Frage

Mit großem Schmerz haben wir die Nachricht vernommen, daß der Standpunkt Österreichs in dieser Frage, der uns mehr als berechtigt erscheint, von der Außenministerkonferenz nicht geteilt wurde. Namens der Sozialistischen Partei kann ich erklären, daß wir in dieser Frage unverrückbar an dem Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der strittigen Gebiete festhalten und daher die Volksabstimmung auch in Südtirol für den einzigen richtigen Ausweg halten. (Allgemeiner Beifall.)

Wir werden der Regierung durch die Annahme des Budgets die nötigen Ermächtigungen erteilen. Wir tun dies aber mit dem gleichzeitigen Verlangen, daß eine entschlossener und tatkräftigere Behandlung der lebenswichtigen Fragen des Volkes einsetzt, daß die Regierung im Kampf gegen die Abhängigkeit unseres Staates von auswärtigen Mächten nicht erlahmt. (Stürmischer Beifall.)

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Zukunft unserer Hochschulen

Von Professor Dr. Adalbert Duschek

Die Hochschulen spielen im geistigen Leben der Nation eine Hauptrolle. Was die Hochschulen ihren Studenten an geistigem Gut mitgeben, das wirkt auf tausend Wegen über alle Zweige der Verwaltung, des Unterrichtes und der Wirtschaft wieder zurück ins Volk; darum muß jeder Staatsbürger an dem interessiert sein, was an den Hochschulen vorgeht. Die neue Zeit hat zu den alten Problemen der Hochschulen eine Reihe neuer, entscheidender hinzugefügt.

Beginnen wir mit dem unangenehmsten, aber aktuellsten Problem, dem der Säuberung vom Geist des Dritten Reiches. Es ist selbstverständlich, daß man die Naziliteratur aus den Bibliotheken entfernt, aber damit ist noch sehr wenig getan. Das Wesentliche ist, die Träger dieses Geistes von den Stellen zu entfernen, von denen er sich wieder verbreiten könnte. Was ist in dieser Hinsicht geschehen? Man hat Sonderkommissionen eingesetzt, aber diese Sonderkommissionen hatten einen falschen Auftrag: sie hatten nur das politische Verhalten zu beurteilen, sie hatten nicht den Auftrag, auch das Interesse der Hochschulen zu berücksichtigen. Das Urteil dieser Sonderkommissionen hatte, falls es positiv lautete, eine geradezu groteske Formulierung: „Der Herr Soundso bietet nach seinem Verhalten die Gewähr dafür, daß er jederzeit rückhaltlos für die unabhängige Republik Österreich eintreten werde.“ Nach seinem Verhalten? Der Mann, der der NSDAP beigetreten ist oder zumindest beitreten wollte, der das Hakenkreuz getragen hat und tausendmal „Heil Hitler!“ gerufen hat, aus dessen Verhalten wird geschlossen, daß er jederzeit und rückhaltlos für die unabhängige Republik Österreich eintreten wird? Aber wir wollen keine Wortklauberei treiben; nehmen wir an, daß der Mann wirklich sonst nichts angestellt hat, nehmen wir an, daß er vielleicht sogar, als er merkte, daß die Sache schief ging, sich umgestellt hat, nehmen wir an, daß er wirklich erkannt hat, was der Nationalsozialismus in Wahrheit ist, so daß das positive Urteil der Sonderkommission, wenn auch nicht diesem Wortlaut, so doch dem Sinn nach gerechtfertigt ist. Wenn er dann noch eine Kapazität auf seinem Gebiet ist — auch das kommt vor — und wenn kein gleichwertiger Ersatz zu finden ist, dann wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen haben, wenn dieser Mann seine Tätigkeit an der Hochschule fortsetzt. Aber wenn der Mann kein erstklassiger Fachmann ist und wenn es einen nicht belasteten Besseren gibt, was dann? War nicht der ganze Auftrag an die Sonderkommission falsch, wie so manches falsch war, was in Hast und Eile in der Nazifrage beschlossen und durchgeführt wurde? Die ganze Sache steckt in einer Sackgasse, aus der wir hoffentlich mit Hilfe des neuen Nazigesetzes herausfinden werden.

Aber für die Hochschulen — ich verweise hier ausdrücklich auf die ganz ausgezeichnete Broschüre „Die Wehrlosen“, die hoffentlich jeder gelesen hat, den es angeht — muß folgendes festgestellt werden: Als Hochschullehrer ist ein ehemaliges Mitglied oder ein Anwärter der NSDAP nur dann weiter tragbar, wenn er erstens von der Sonderkommission positiv beurteilt wurde, wenn er zweitens ein wirklich hochqualifizierter Fachmann ist, und wenn drittens kein gleichwertiger, politisch nicht belasteter Ersatz zu finden ist. Daraus ergibt sich die Forderung, die in dem neuen Nazigesetz ausdrücklich zu formulieren wäre, daß grundsätzlich alle belasteten Hochschullehrer zu entfernen und Ausnahmen nur dann zulässig sind, wenn alle drei hier angeführten Voraussetzungen zutreffen. Darüber hätte auf begründeten Antrag der Hochschule eine eigene Kommission im Unterrichtsministerium